

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 M.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kelleraufschlag 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr. 43

Donnerstag, den 11. April 1929

42. Jahrgang

Kommt die große Koalition?

Reichsstaatsrat stellt Bedenken zurück. — Die Fraktionen haben das Wort. — Keine neuen Steuern!

Die Regierungsverhältnisse im Reich sind seit den letzten Tagen in entscheidender Weise umgestaltet worden. Das Reichsstaatsrat hat sich auf den Boden der von den Sachverständigen der Parteien der Großen Koalition aufgestellten Etat-Programme gestellt. Weiterhin erklärte der Reichsstaatsrat gestern nachmittags nochmals mit den Führern der Parteien die Frage der Großen Koalition und wenn heute die Fraktionen sich für die Vereinbarungen ihrer Unterhändler aussprechen, dann kann das Kabinett der Großen Koalition schon in den nächsten Stunden gebildet werden.

In der amtlichen Mitteilung über die Kabinettsbildung, die über die Annahme der Vor schläge der Finanzjahrsverordnungen der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten entfiel, wurde ausdrücklich betont, daß die Regierung keine eigenen Bedenken mit Rücksicht auf die komplizierte Lage zurückgestellt habe. Einfließend getroffen wurden von den Entscheidungen das Arbeitsministerium, das Verkehrsministerium und das Reichswehrministerium. Besonders soll es der Reichswehrminister gewesen sein, der gegen die beabsichtigte Erhöhung von 27,3 Millionen Mark an seinem Haushaltsansatz erhoben, schließlich aber im Interesse einer schnelleren Unterbreitung keine Einwände mehr erhob.

Zur Stellung des noch verbleibenden Defizits von 130 Millionen sind keine neuen Steuern geplant, sondern soll durch eine weitgehendere Erhöhung der Grundsteuer und durch die bereits in Vorbereitung befindliche Nachzahlung zur Vermögenssteuer das Loch gestopft werden.

Wenn auch die Aussichten für die Große Koalition allgemein als günstig angesehen werden, so muß man doch darauf hinweisen, daß dennoch verschiedene Meinungsverschiedenheiten meist allerdings aus Verfassungsfragen noch ungeklärt sind.

— Berlin, 10. April.

Gestern nachmittags traten die Fraktionen des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten zu Sitzungen zusammen, um die Berichte ihrer Finanzjahrsverordnungen über die Einigung über den Etat entgegen zu nehmen. Wichtigere als dies waren jedoch die Besprechungen über die Frage der Koalition, deren Bildung jetzt erfolgen muß, wenn sie in der nächsten Zeit überhaupt durchführbar ist.

Wenn man auch über die materiellen Einzelheiten der Vereinbarungen über den Etat keine grundsätzlichen Konflikte mehr entstehen konnte, so war die Lage doch in politischer Hinsicht ganz anders. Die Koalitionsparteien verlangten von den Sozialdemokraten, daß sie bei der Abstimmung über die zweite Rate für den Bankerzeuger A sich zumindest der Stimme enthalten müßten, während ihre Minister ihr Wort für die Rate erteilen sollten. Die Opposition ist innerhalb der Sozialdemokratie äußerst lebhaft gegen dieses Verlangen gerichtet. Deshalb lag man besonders der sozialdemokratischen Fraktionsführung mit größter Spannung entgegen.

Das Ergebnis der sozialdemokratischen Fraktionsführung.
Nach der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion, die bis in die späten Nachmittagsstunden andauerte, wurde ein parteiamtlicher Bericht ausgegeben. Danach lehnten von 124 anwesenden Fraktionsmitgliedern 93 gegen 29 bei 2 Enthaltungen die zummatige Forderung der übrigen Parteien bezüg. der Stellung der Sozialdemokraten zum Bankerzeuger ab und beschlossen, an der bisherigen Haltung festzuhalten.

Am späten Nachmittag kamen dann vereinbarungsgemäß die Unterhändler der Fraktionen nochmals mit dem Reichsstaatsrat zusammen, um diesem über die Ergebnisse der Beratungen zu berichten.

Trotz der sachlichen Einigung befand sich aber der Reichsstaatsrat durch die Haltung seiner Fraktion in der Koalition gegenüber einer sehr unangünstigen Situation gegenüber. Man weiß nämlich darauf hin, daß bei der Abstimmung über die Rate für den Bankerzeuger die Koalitionsparteien nicht nur auf die Opposition der Sozialdemokraten, sondern auch auf die Opposition der Sozialdemokraten rechnen müssen. Man kann sich wohl über die Gründe für die Haltung der Sozialdemokraten im Klaren sein. Man kann sich aber nicht über die Gründe für die Haltung der Sozialdemokraten im Klaren sein.

Wiederbeginn der Parlamentsarbeiten.

Nach der Osterpause nahmen die Reichstagsausschüsse am Montag ihre Arbeiten wieder auf. Am Mittwoch hält der Reichstagsrat des Reichstages eine Sitzung ab, um sich mit einer Neuverteilung der Sitze in der Reichstagsversammlung zu beschäftigen. Die Ausschüsse des preußischen Landtages nehmen ihre Arbeiten am Dienstag wieder auf.

Am 16. April wieder Reichstag.

Reichstagspräsident Löbe hat die nächste Vollziehung des Reichstages nunmehr endgültig auf Dienstag, 16. April, nachmittags 3 Uhr einberufen. Der Reichstagsrat des Reichstages tritt am Mittwoch nachmittags 5 Uhr zusammen, um endgültig über die Zusammenlegung der Ausschüsse zu entscheiden.

Die Gläubiger unter sich.

Dr. Schacht bleibt in Paris.

— Paris, 9. April.

Am Dienstag traten die Führer der alliierten Abordnungen mit Ausnahme der japanischen Sachverständigen wieder zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen der Gläubiger-Abordnungen, die in Anwesenheit der amerikanischen Abordnung, aber ohne Dr. Schacht, stattfanden, vielleicht auch den Mittwoch in Anspruch nehmen.

Das Gericht der Pariser Wirtschapspresse, demzufolge Reichsstaatspräsident Dr. Schacht angeht, des jetzigen Standes der Verhandlungen über die endgültige Festlegung der deutschen Kriegsschuldung zur Festnahme mit den deutschen amtlichen Stellen nach Berlin abgereist sei, kann auf Grund von Erlaubnissen an zuständigere Stelle für falsch erklärt werden.

Uneinigkeit unter den Delegationen.

Der „Reit Pariser“ hält den augenblicklichen Vorschlägen für recht unangelegen, eine mögliche Rolle der Ausprägungen zu spielen. Die Zurückhaltung Owen Youngs sei nicht geeignet, die Verhandlungen zu beschleunigen. Das Blatt bemerkt dann weiter, daß allein Frankreich mit seinen Anforderungen überzugehen solle, während Deutschland die Verhandlungen leicht die ganze Verantwortung auf sich geladen hat.

Landesverräterische Fälschungen.

Sitzung des Strafrechtsausschusses.

— Berlin, 10. April.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages, der am Dienstag nach der Osterpause seine Arbeiten wieder aufnahm, legte die Beratung der Bestimmungen über den Landesverrat fort, und zwar im 24. Paragraphen 94, der die landesverräterische Fälschung betrifft.

Reichsjustizminister Kopschler wies auf den bedeutenden Schaden hin, der gerade durch landesverräterische Fälschungen in den letzten Jahren dem Reich entstanden sei. Paragraph 94 wurde schließlich im wesentlichen in der Fassung der Vorlage genehmigt, ebenso Paragraph 95 über die Bestrafung eines Kriegsgesandten, Waffenbesitz und Begünstigung des Feindes. Ueber einen von den Sozialdemokraten beantragten Zusatz, wonach mit Zuchthaus bestraft werden soll, wer öffentlich zu einem Kriege des Reiches oder zu einem Kriege gegen das Reich anreizt, soll erst am Mittwoch beraten werden.

Streichung der Neubewilligungen in Preußen.

Sitzung des Hauptausschusses.

— Berlin, 10. April.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages trat gestern zu einer Sitzung zusammen, in der er zunächst die am Vorlage vom Interimsrat gefassten Beschlüsse über den Haushaltsplan billigte. Danach wurde die während der Ausschüßberatungen beschlossenen Ausgabenbeschränkungen von insgesamt 36 Millionen Mark um 35 1/2 Millionen Mark gestrichen, so daß der Etat ausbalanciert wurde.

Im Verlauf der Beratungen erklärte Finanzminister Sapper-Ashoff noch u. a., daß er nichts dagegen erwidern werde, wenn die Grenzliste vom Reich aus geregelt werde.

Ehescheidung bei Zerrüttung.

Der Regierungsentwurf im Ausschuß.

— Berlin, 9. April.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und bei Stimmenthaltung des Zentrums der Entwurf der Reichsregierung zur Ehescheidungsreform als Grundlage der Beratungen bestimmt. Dieser Entwurf will in das BGB. folgenden Paragraphen 1508 a einfügen:

„Ein Ehegatte kann ferner auf Scheidung klagen, wenn aus einem anderen Grunde, als dem in § 1503 a 1 a 1 g des bürgerlichen Gesetzbuches enthaltenen, ein solches eheliches Verhältnisses eingetreten ist, daß ihm die Fortführung der Ehe nicht zugemutet werden kann. Das Klagerrecht besteht nicht, wenn er selbst einen Scheidungsgrund gegeben hat oder andererseits die Zerrüttung der Ehe vorwegnehmend durch sein schuldhaftes Verhalten herbeigeführt worden ist.“ Ferner soll Paragraph 1508 a 2 1 a 1 folgende Fassung erhalten: „Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn der andere Ehegatte in Gefährdung der Ehe verfallen ist und der Kronheitszustand einen solchen Grad erreicht hat, daß die geistige Gemeinschaft

zwischen den Ehegatten aufgehoben ist und kein Anhalt dafür besteht, daß sie wiederhergestellt werden wird.“ Nach umfangreicher Ausdeutung verlegte der Ausschuß die Verhandlung, ohne Beschlüsse gefaßt zu haben, auf Montag, den 15. April.

Preussische Delegation in Moskau.

Die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen.

— Moskau, 9. April.

In Moskau ist gestern eine Preussische Delegation eingetroffen, an deren Spitze sich Oberpräsident Siehr und Oberbürgermeister Loschner befinden. Die Moskauer Handelskammer für Westeuropa veranstaltete zu Ehren der Gäste einen Empfang, bei dem auch der deutsche Botschafter von Dirden das Wort ergriff.

Er erklärte, daß nach der Unterzeichnung des Handelsvertrages im Jahre 1925 die deutsch-russischen Handelsbeziehungen sich sehr normalisiert waren. Die Sowjetregierung habe von Deutschland einen Kredit von 300 Millionen erhalten und dieser Kredit habe den deutsch-russischen Handel stark gefördert. Nach der Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsprotokolls am 21. Dezember 1928 seien heute neue Möglichkeiten für die Befestigung des deutsch-russischen Handels vorhanden. Er sei der Meinung, daß beide Länder noch eine weitere Grundlage für die Entwicklung des deutsch-russischen Handelsverkehrs finden würden.

Zum Schluß dankte Dr. von Dirden für die Anregung der Sowjetregierung zur Heranziehung der russischen Industrie und für die Unterstützung der russischen Industrie und für die Heranziehung der russischen Industrie und für die Unterstützung der russischen Industrie.

Polen mag's nach!

Der neue Oberpräsident der Provinz Oberschlesien über die Behandlung der Minderheiten.

— Oppeln, 9. April.

Der neue Oberpräsident der Provinz Oberschlesien Dr. Luttsch gab bei seiner Amtseinführung, die am Dienstag im Regierungsgebäude in Oppeln stattfand, eine wichtige Erklärung über die Behandlung der Minderheiten ab. Er erinnerte in seiner Einführungsvorrede an die Tätigkeit des Präsidenten der gemischten Kommission, Calonder, und fuhr dann weiter fort:

„Ich habe als Mitarbeiter des Präsidenten Calonder das Gefühl, daß der Staat sich nicht nur mit der Durchführung der Minderheiten Gerechtigkeit tun lassen dürfe, sondern daß er ein freies Bekenntnis zu den Minderheiten abgeben müsse. Ich werde das in liberaler Weise wahrzunehmen haben. Es ist zu begrüßen, wenn die polnische Minderheit ihre Kinder in die Minderheitschulen schickt. Wie es der polnische Staat bisher gehandhabt hat, Minderheitschulen nicht zu schließen, auch wenn er formal nach dem Vertrag dazu berechtigt gewesen wäre, so werde ich gleichfalls in liberaler Weise wahrzunehmen der Gesandter Konventionen Politik treiben. Das Bekenntnis zur Minderheit ist und braucht kein illoyales Verhalten dem Herbergstaat gegenüber zu sein.“

Bei der Einführungsvorrede sprach zunächst der preussische Innenminister Grzesinski. Darauf widmete der Vizepräsident Dr. Fischer dem abgehenden Oberpräsidenten Dr. Rolke herzliche Abschiedsworte und begrüßte in warmen Worten den neuen Chef, dem er im Namen aller Beamten, Angestellten und Arbeiter treue Mitarbeit versprach. Nachdem sich Dr. Rolke von seinen Dienststellen verabschiedet und der Staatsregierung, seinen Mitarbeitern und der oberösterreichischen Bevölkerung für die Unterstützung während seiner Amtszeit dankbar hatte, nahm dann Oberpräsident Dr. Luttsch das Wort.

Japan räumt Schantung.

Vereinbarung mit der Kanting-Regierung.

— London, 9. April.

Der sinesisch-japanische Ausschuß, der die Bedingungen für die Übernahme von Tientsin, die Hauptstadt der Provinz Schantung, und die Eisenbahn in Schantung durch die sinesische Verwaltung ausgearbeitet hat, hat am Montag seine Verhandlungen abgeschlossen. Die Vereinbarungen des Ausschusses bedürfen nur noch der Zustimmung der beiden Regierungen. Aus sinesischer Seite erwartet man die baldige Zurückführung der japanischen Truppen aus Tientsin, während man auf japanischer Seite zu der Annahme neigt, daß die Rücknahme spätestens einen Monat beantragt wird.

Reaktion der Ruhrarmee.

Der Rest der Ruhrarmee in Stärke von 14 000 Mann, der sich nach der Niederlage bei Hanko zum Tübingen zurückgezogen hatte, hat sich am Montag abend ergeben. Die Truppen sind bereits entwaffnet worden.

Aus dem In- und Auslande.

Belast des Königs von Bulgarien beim Reichspräsidenten.
Berlin, 10. April. Der Reichspräsident empfing den König Boris von Bulgarien und hatte eine halbstündige

Unterredung mit ihm. Da der Reichspräsident noch Reton-
dalenen ist, wird er den Besuch nicht persönlich erwidern,
sondern durch den Staatssekretär Meißner seine Karte ab-
geben lassen.

Neues Nationalitätenrecht in der Türkei.

London, 9. April. Die türkische Nationalvereinigung in
Angora nahm ein Gesetz über die Veränderung des türki-
schen Nationalitätenrechts an, durch das nach dem 1. Janu-
ar 1929 in der Türkei geborene Kinder ausländischer El-
tern türkische Unterthanen werden. Nach Erreichung der
Volljährigkeit haben sie jedoch das Recht, für die Staats-
angehörigkeit ihrer Eltern zu optieren.

Mitglied des amerikanischen Kongresses wegen Alkohols-
schmuggels angeklagt.

Newport, 9. April. Wie aus Chicago gemeldet wird, ist
gegen Widdaeson, ein Mitglied des amerikanischen Kongres-
ses, Anklage wegen Verletzung des Prohibitionsgesetzes
erhoben worden. Man wirft ihm vor, geistige Getränke
in Amerika eingeschmuggelt zu haben. Widdaeson weigerte
sich, irgendwelche Aussagen zu machen, und bestritt jede
Schuld.

Wieder Beschießung angeblicher Alkoholschmugglerhölle.

Newport, 9. April. In der Nähe von Sandy Hook be-
sucht ein amerikanisches Kreuzerboot zwei Fischerboote,
die sich geweigert hatten, beizutreten, um sich auf etwaige
Alkoholschmuggel zu untersuchen zu lassen. Die Fischerboote
wurden eingekracht, doch fand man an Bord keinerlei
Mengen Spirituosen.

Taus 3000 Abriistungseinführungen in Genf.

Genf, 9. April. Als ein Zeichen der großen Bedeutung,
die den kommenden Abriistungsverhandlungen des Völker-
bundes beigemessen wird, kann auf die wachsende Zahl von
Denkschriften hingewiesen werden, die täglich im Sekretariat
des Völkerbundes einlaufen. So sind bisher in der
Abriistungseinführung des Völkerbundssekretariats 1400
Denkschriften aus Holland eingegangen, 700 aus Schweden,
300 aus England, 300 aus China, 200 von verschie-
denen jüdischen Organisationen, 21 aus Deutschland und 2
aus Frankreich.

Mariusus Rocelli in Rom. Der apostolische Marius Rocelli
ist, aus Berlin kommend, in Rom eingetroffen. Es wird an-
genommen, daß der Besuch des Marius mit dem geplanten
preussischen Konfordat in Zusammenhang steht.

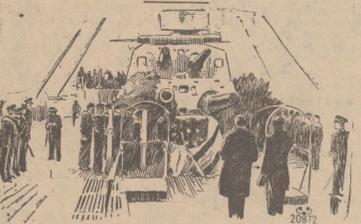
Das faschistische Wahlereignis wird vereinigt.

Rom, 9. April. Der Faschistenrat hat beschlossen, das
Ergebnis der Volksabstimmung vom 24. März als höchste
Anerkennung des italienischen Volkes gegenüber dem faschi-
stischen Regime dadurch öffentlich zu werten, daß es in
die Fassaden aller Regierungsgebäude in Italien einge-
meißelt wird.



v. Lauter

Generaloberst v. Lauter ist in Heidelberg in der Medi-
ziner Fakultät gestorben. Er war im Weltkrieg Komman-
dier aller Formationen der schweren Artillerie.



Myron Herricks Heimfahrt.

Der Sarg Myron Herricks auf dem französischen Kreuzer
„Tourville“, um von Paris nach Amerika gebracht zu werden.
Der Sarg liegt unter den Geschütztürmen auf dem
Vorderdeck.



Dr. Hainisch.

Der frühere österreichische Bundespräsident ist in Berlin
eingetroffen. Er wird im volksdeutschen Klub einen Vor-
trag halten.

Aus der Umgegend

Neuba, 11. April.

Schulbeginn. Der morgige Tag bringt wieder neues
Leben in die während zweier Wochen erfolglos gewesenen Schu-
lräume. Nicht wie sonst nach einer Ferienpause geht der Betrieb im
alten Geleise weiter, sondern es hat eine vollständige Umgruppierung
platziert, vor allem kommt von unten ein neuer Schulargang hinzu,
der an dem Segen des Schulbetriebs teilhaben wird, nachdem der
bisher älteste Jahrgang in die sog. „Schule des Lebens“ übergetreten
ist. Für Eltern und Kinder ist somit der Ostertermin ein außer-
ordentlich wichtiger, für die ersten Monate noch hinzu, daß die
Verlegung sowohl als die Neueinweisung erhebliche Anforderungen
an ihre Beteiligten stellen infolge der Beschaffung neuer Lernmittel.
Aber die Eltern von heute sind vernünftig genug, um einzusehen,
daß auch diese Ausgaben für ihre Kinder unerlässlich sind, wenn
das Kind vom Schulunterricht Vorteile haben und nicht zurückbleiben
soll. Die kleinen Neutreten erhalten außerdem noch ihre Zudertüte.
Ja, sie sitzen nicht aus, die schöne Tüte, je mehr auf sie von sog.
Realpolitikern gewälzt wird, desto größer und schöner werden die
Tüten und zwar nicht nur von außen, nein auch der Inhalt macht
Jahre für Jahre Verbesserungen durch — er bereitet jetzt fast nur
noch aus Schokoladebäckwaren und anderen schönen Süßigkeiten. Man
kann nicht sagen, wieviel Kostbar der letzten Schütteln auch zu
der Frage kommen: Warum gibt es nur so früh geboren? Nun
es nützt alles nichts, es bleibt nur auf wirtschaftlichen Not unter
Volkes ewige Wahrheit: „Die Welt wird schöner mit jedem Tag“
— — — und wenn nun vollends mit diesem Schinerwerden auch
das Besserwerden der Menschen gleichen Schritt halten wird, dann
wird der Zweck aller unteren Schulen und der Schule gewidmeten
Fürsorge erreicht sein. Möge der morgige erste Schulargang für die
daran beteiligten Familien gegenreicht sein.

Aus der Stadtverwaltung. Neuwahlen für unser
Stadtparlament müssen jetzt vorgenommen werden, nachdem die
bisherige Stadtparlamentarversammlung sich selbst aufgelöst und
dieser Beschluß nunmehr vom Minister des Innern anerkannt worden
ist. Die Auslegung der Wählerlisten findet im Befehlsamt des
Magistrats in der heutigen Nummer in der Zeit vom 15. bis ein-
schließlich 28. April, die Wahl selbst am Sonntag, den 26. Mai statt.

Neue Polizeiverordnung. Das Amtliche Verordnungs-
blatt für den Kreis Neuba vom 6. April veröffentlicht eine Polizei-
verordnung, die das Tragen von Stiefeln und Gummihandschuhen
als Folge Waffen werden namentlich genannt: Schlagringe, sog.
Toschschläger, Papierhölzer, Gummihämmer, Etride oder Riemer, die
mit Metall beschwert sind, Dolche, Dolchmesser und Jagdwilber. —
Nicht getroffen von diesem Verbot sind Amtsbesitzer, die kraft ihres
Amtes und Berufes bestimmte Arbeiten zu versehen berechtigt sind, und
Inhaber von Jagdwaffen, die zur Ausübung der Jagd Stiefel und
Gummihandschuhe benötigen. — Vergehen gegen diese mit dem Tage der
Veröffentlichung in Kraft getretene Verordnung werden mit Geldstrafe
bis zu 150 RM. bestraft.

**Die pflichtigen Körperchaften und Ver-
mögensmaße** haben dem zuständigen Finanzamt jeweils folgende
Borgänge anzuzeigen: 1. Ihre Gründung sowie den Eintritt von
Zuständen, die ihre Steuerpflicht oder eine veränderte Steuerpflicht
zur Folge haben; 2. die Aufnahme eines neuen Mitglieds; 3. die
Ergänzung eines fälligen Vertreters im Inlande; 4. den Generel-
der Rechtsfähigkeit, den Uebertrag aus einer Rechtsform oder
Gesellschaftsform in eine andere sowie die Verschmelzung mit einer
anderen Gesellschaft; 5. die Verlegung des Sitzes oder des Ortes
der Leitung in das Inland.

Wieder „Muttertag“ im Mai. Der vor zwei Jahren
durch den Bund der Arbeiterinnen in die Öffentlichkeit getragene
Gedanke, einen Tag im Jahre durch seinen ähnelnden Charakter zu
Ehren der deutschen Mutter auszusprechen, ist auf fruchtbaren Boden
gefallen. In einer Zeit, die an allen Merkmalen der Zerrüttung
des Familienlebens krank, muß diesem Gedanken besondere Bedeutung
innewohnen. Auch in diesem Jahre soll der zweite Sonntag
im Mai unter dem Stern der Muttererziehung stehen.

Feuer in Saubach. Seit heute mittag 1/2 12 Uhr wütete
in dem Gehöft des Gutsbesizers Eisenfrank in Saubach ein Brand,
der im Stallgebäude seinen Anfang hatte. Der Stall und die an-
grenzende Scheune sind bereits ein Opfer des wütenden Elements
geworden. Trotz der Bemühungen mehrerer Feuerwehren an der
Brandstelle ist es bis um 3 Uhr nachmittags noch nicht gelungen,
die Flamme zu erlöchen.

Kohlelehen. Eine gefährliche Gede ist die Kreuzung der Volten-
bockers, Bahnhofs- und Wäldchenstraße. Vor einigen Tagen
fuhr ein Motorradfahrer einer schweren Zusammenstoß mit dem
Postauto nur dadurch vermeiden, daß er mit seinem Motorrad auf
den Bürgersteig fuhr, wo er vom Rabe gefoltert, glücklicherweise
aber nur leicht verletzt wurde. Am Montag nachmittag ereignete
sich nicht weniger als drei Zusammenstoß zwischen Pferdewagen,
Auto, Motorradfahrern und Radfahrer, welche ebenfalls sämtlich
mit kleinen Hautabrischungen abließen. Es kann nur wieder er-
mahnt werden, an dieser Gede besonders vorsichtig zu fahren und die
Fahrvorschriften genau einzuhalten; auch für Radfahrer ist
größte Vorsicht geboten (Rechts fahren!). Zu empfehlen ist ferner
den Gedelehen, diese Gede etwas zu meiden, denn auch diese setzen
sich einer Gefahr aus, die sie erwidern durch ihre Unvorsicht noch
die Ueberfahrt über die scharfe Kurve. Wenn schon ein Verkeh-
ren hier nicht aufgehalten werden kann, wäre es doch an der Zeit,
für die Sicherheit des Verkehrs etwas zu unternehmen, bevor ernstere
Schäden eintreten.

Flugtag in Neuba. Die von dem der Flugleitung
ber abendlichen Fliegergruppe der Unterstadt Halle mitgeteilt
wird, findet der Flug voranschicklich bestimmt am 21. April statt.
Die Vorbereitungen werden weiter eifrig fortgesetzt und bei der
Beförderung der Wetterlage dürfte mit einem Gelingen des Veran-
staltung gerechnet werden. Die beachtlichen Kenntnisse werden
von Fliegern der abendlichen Fliegergruppe — Böhme — auf einer
Naab-Rabenstein-Schwabe ausgeführt. Es ist bei der gleiche Flug-
zeugtyp, den der bekannte Amstflieger, Flieger bei Ausübung
seiner Kenntnisse benutzt. Wir werden in den nächsten Nummern
noch weitere Einzelheiten über die Veranstaltung bringen.

Domborf. Unsere Gemeindebehörden soll in diesem Jahre
eine der Neuzeit entsprechende Renovierung erhalten. Im Ausfüh-
rung der Arbeiten hatten sich drei Firmen beworben, von denen Maurer-
meister Carl Clausing-Schönwerber das vorzuziehendste Angebot
mit 7400 M. eingereicht hat. Die Gemeindevertretung setzte den
Beschluß, Herrn Clausing die Ausführung zu übertragen. — Im
Folgenden aber soll in der Gemeinde in allen Gassen gepflastert
werden, so auch bei den Ausgaben für die Schule, für die gelegentlich
eine Schulrevision neue Schulbänke und andere neuzeitliche Ein-
richtungen angefordert worden sind.

Kaisersrieth. [Möbel] In der Nacht zum Montag hat man
sich des hinter einem Lattenzaun befindlichen deutschen Schäfer-
hundes, dem Rittergutsbesitzer Kirchstein gehörend, auf irgend eine
Weise zu bemächtigen gewagt und ihm mittels eines gefährlichen
Gegenstandes schwer verletzt. Ein Auge ist dem bedauernswerten
Tier eingeblasen oder eingeschlagen worden, während das andere
stark verquollen ist. Man kann sich nicht erklären, was die gefüh-
llosen Menschen — einer allein kann es nicht gewesen sein — zu
dieser nichtswürdigen Tat veranlaßt hat. Es ist zu wünschen, daß
die Mordlinge ermittelt werden.

Kölleba. [Jubiläum] Der Köllebaer Angeier, das
amtliche Kreisblatt für den Kreis Göttingen, konnte am 7.
April die Feier seines 75jährigen Bestehens begehen. Aus diesem
Anlaß hat der Verlag am Jubiläumstage eine umfangreiche Jubiläums-
nummer herausgegeben.

Gleina. Die hiesige Reits- und Fahrturnverein veranstaltete
in diesem Sommer wieder auf der Rittergutstoppel in Gleina das
seit einigen Jahren bekannte und allseitig beliebte Reits- und Fahr-
turnier. Im vorigen Jahre mußte aus wirtschaftlichen Gründen die
Veranstaltung leider ausfallen, es ist zu hoffen, das deshalb in
diesem Jahre die Beteiligung von Reitern und Fahrern besonders
groß sein wird. Am Tag ist Sonntag, den 14. Juni d. Zs. in
Ausicht genommen. Die Ausrichterungen des Turniers erfolgen
rechtzeitig.

Sangerhausen. In einer der letzten Nächte erlöschten in
Wickarde bei Neuba plötzlich Glühkerze. Einige junge Burden
entherb und zogen zwei Nigen in Gestalt zweier feiner Wid-
böcke aus den letzten Fluten der Masse. Die beiden haben nach
beendetem Gastkonzert noch einen kleinen Bummel gemacht und
waren dabei in die hiesige Masse geraten.

Selbstedt. Wasserrohrbruch. Infolge eines Was-
serrohrbruchs war die Straße Sandelsberg-Selbstedt —
Mansfeld unterpflüht worden. Die Reichsbahn mußte den
Verkehr einstellen.

Salle a. d. S. Zusammenstoß. In der Merleberg-
straße stehen ein Wagen der Leberbauhahn und ein
Merleberg- und ein Straßenbahnwagen der Linie 4 zumei-
tens. Am Straßenbahnwagen sollen angeblich sämtliche
Bremsen verlegt haben. Bei dem Zusammenstoß waren
drei Frauen verletzt.

Salle a. d. S. In der Frankenhöhe. Kurz vor
8 Uhr abends wurde in der Leberbauhahn nach der Ger-
marstraße gerufen. Dort hatte ein angetrunkenen Mann
in seiner Wohnung keine Frau geschlagen. Als der Ueber-
fallkommando eintraf, hatte er sich in sein Zimmer zurück-
gezogen und dieses abgeschlossen. Da er vorher verurteilt
hatte, sich mit einem Jagdmesser die Kehle durchzuschnei-
den, wurde die Tür gemeinschaftlich geöffnet und der Mann
zum Polizeirevier gebracht.

Salle a. d. S. Kein Vergnügen ohne Reile.
In einem Lokal der Merleberg Straße war zwischen mehr-
eren Männern eine Schlägerei entzündet. Als das ab-
ermierte Ueberfallkommando eintraf, hatten sich die Beir-
teiligten bereits entfernt. Ein Teilnehmer, der zwei fünf
stündige Konfirmanten davongetragen hatte, wurde in der
Kirchenstraße gefesselt. Der Haupttäter wurde ebenfalls
ergriffen.

Camburg. Schneeglocken-Aktiva. In Ver-
kaufsstellen haben sich in erheblicher Menge Schneeglocken
aus dem Wäldert Schneesglöden, deren Ausgrabung mit
Knoche bekanntlich verboten ist. Bei einer kürzlich in Cam-
burg abgehaltenen Kontrolle durch die Polizei wurden an-
nährend 17 Körbe mit Schneeglocken beschlagnahmt. Bes-
traffen wurden vor allem Händler aus Leipzig und Zeitz.

Weimar. Der neue Wagen. An der Ecke Grün-
reiter und Junferstraße ereignete sich ein Zusammenstoß
zwischen einem neuen Wagen der elektrischen Straßenbahn
und dem Privatauto eines hiesigen Geschäftsmannes. Wäh-
rend der Straßenbahnwagen scheinbar leicht beschädigt wor-
den, ging das Auto fast ganz in Trümmer.

Eisenach. Auf eine „Kesselsperre“. Bei
einer besonders abgünstigen Stelle der Chaussee Eisenach-
Höhe Sonne kam das Lastauto einer Hamburger Firma ins
Auffahren, geriet mit den Vorderreifen in den seitlichen
Graben und bohrte sich tief in den Wäldung. Das große
Auto kam lo quer über die Straße zu liegen und verpörrte
se mehrere Stunden vollkommen. Ein obige Reife von
Auto und anderen Fahrzeugen stauten sich bald an der
Stelle. Erst nach Stundenlanger Arbeit konnten der Last-
wagen und die zum unerschwinglichen Aufenthalt gezwun-
genen anderen Fahrzeuge ihren Weg fortsetzen.

Eisenach. Am Grabe der Mutter. Ein hiesiger
Geschäftsmann machte auf dem Friedhof am Warzenberg
seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Friedhofsbewacher,
die den Schuß hörten, fanden den etwa 45 Jahre alten
Mann tot am Grabe seiner Mutter liegen. Der Grund zur
Tat dürfte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegen.

Wiedersleben. Die Gassegesellschaft „Goldene Aue — Gies-
feld“, die jetzt dabei ist, das Giesfeld mit Ferngas zu versorgen,
baut im Mittelpunkt der Stadt ein Verwaltungsgebäude mit
Büroarräumen.

Wiedersleben. Auto-Unfall. Auf einer Fahrt nach
Hannover verunglückte beim Ueberholen eines Postkraft-
wagens auf schlüpfriger Straße der Kraftwagen des hie-
sigen Chefarztes Dr. Schwarzgauer. Die drei Insassen des
Autos wurden herausgeschleudert. Dr. Schwarzgauer und der
Chauffeur kamen mit leichten Verletzungen davon,
während die Frau des Besitzers mit lebensgefährlichen
Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Freitersleben. (Eisenach). Zeichen der Zeit. Die hie-
sige Bismarckfabrik hat nun endgültig ihren Betrieb ein-
gestellt. Dieser Schritt ist für die Einwohnerstadt des
Ortes von schwerwiegender Bedeutung. Ein anderes indus-
trielles Unternehmen wird sich kaum hier aufbauen können,
da der Ort zu weit von der Bahn entfernt ist.

Aus Nah und Fern.

Brandlage. Vor kurzem brachte ein Kaufmann Schuhmacher
aus Hamburg seine Frau zur Erholung nach hier. Ihr Zustand
verschlechterte sich aber dertat, daß sie vor einigen Tagen starb.
Die Leiche sollte am 5. April nach Hamburg überführt werden.
Als das Beisetzungsamt des Beerdigungsinstitutes Wort aus Wernig-
rode bei Eisingerodestraße einlang fuhr, war der Gemann gerade
im Begrif, das zur Ueberfahrt bereit stehende Postauto zu befeigen.
In diesem Augenblick fiel Schuhmacher infolge Verschlages plötzlich
tot um. Da ein Verbrechen nicht vorlag, wurde die Leiche sofort
freigegeben. Da der Leichwagen mit der Ehefrau Schuhmacher
in Brandlage amvord war, so erfolgte die Ueberführung der
Gehelnte gemeinsam nach Hamburg.

Bewährungsfrist für Langlopp.

Nach neuer Äußerung und Vernehmung verurteilt.
 Totalarrest zur K. B. vom 8. April 1929.

von Berlin, 8. April.

Im Langlopp-Prozess verurteilte der Vorsitzende des Schöffengerichts folgendes Urteil: Der Angeklagte Langlopp wird wegen Mord und Bedrohung in 1 Falle zu 5 Monaten Gefängnis und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. 2 Monate 2 Wochen der Gefängnisstrafe und die Geldstrafe sind durch die Unterlassungstrafe verurteilt. Für den Rest der Freiheitsstrafe wird dem Angeklagten eine Bewährungsfrist von 3 Jahren zugesagt.

In seinem Plaidoyer hatte Exitor Staatsanwalt Dr. Köhler u. a. ausgeführt: Auf der einen Seite befinde sich allgemein ein tiefes Mitleid mit dem Menschen Langlopp, der seit etwa zehn Jahren

einen erbitterten Kampf um sein vernünftiges Recht führt. Auf der anderen Seite aber liege die schwere Tat Langlopps, die nicht entschuldigend und nicht gebilligt werden könne. Man müsse einsehen, daß für die Schäden nicht die Behörden haftbar zu machen seien, sondern daß Langlopp genau so ein Opfer des Krieges sei, wie alle die bedauernswerten Kleinrentner, Kriegserwitwen und Kriegeswitwen. Es wäre auch, wenn diese Verabredung in der Tat in Paris fände. Er beantragte gegen Angeklagten Langlopp wegen räuberischer Erpressung und wegen Nötigung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten unter voller Anrechnung der Unterlassungstrafe. Der Staatsanwalt betonte, er lege ausdrücklich davon ab, irgendwelche Ehrenfragen in Antrag zu bringen. Er beantragte ferner die Freisprechung des Angeklagten Langlopp. Auch dem Staatsanwalt sprach im Langlopp-Prozess Rechtsanwalt Dr. Luegert, der ein menschlich tragbares und gerechtes Urteil forderte. Rechtsanwalt Dr. Frey gab die Freisprechung des Angeklagten Langlopp und plädierte für Freisprechung des Angeklagten Langlopp und gab die Schuld dem System im Krieg an. In seinem Schlusswort erklärte der Angeklagte Langlopp sehr erregt, er habe nur für kein Recht gekämpft und werde weiter dafür kämpfen, so lange er die Augen noch nicht geschlossen habe. Darauf zog sich das Gericht zur Urteilsberatung zurück.

Am die Begnadigung des Oberleutnants Schulz.

Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtages.

von Berlin, 9. April.

Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtages beriet gestern die Eingabe des Rechtsanwalts Dr. Grimme gegen auf Begnadigung und Strafulauf des wegen Anstiftung zum Mordmord ursprünglich zum Tode, dann zu sieben Jahren Gefängnis begnadigten Oberleutnants Schulz. Der Eingabe sind verschiedene Gutachten beigegeben, wonach Schulz nicht nur aus tatsächlichen, sondern auch rechtlichen Gründen schuldig sei.

Daß dem ein formunfähiger Verfassungsantrag abgelehnt worden war, erklärte Abg. Dr. Richter einen eingehenden Bericht, in dem er die Gründe für eine Begnadigung befahte. Den Bericht der Regierung erlärte Ministerialrat Herrmanns, der zunächst die Schuldfrage im Zusammenhang mit dem Tatbestand feststellte, dann auf die Begnadigungsfrage selbst einging.

Betrugsprozess gegen Prinz Max von Hohenlohe-Dehringen.

Vor dem Schöffengericht Mühlheim-Land begann am Dienstag ein Betrugprozess gegen den Prinzen Max Hugo von Hohenlohe-Dehringen, der wegen acht Vergehens des Betruges und eines Vergehens des einfachen Betrugs angeklagt ist.

Ungeachtet eines Jahreseinkommens von 40 000 Mark geriet der jetzt 59jährige Prinz infolge einer sehr anspruchsvollen Lebensführung in große Schulden, stellte schließlich Scheidung an, für die keine Deckung vorhanden war, und schritt zur Aufnahme von Kreditschulden auf, die bereits überhöhtes Bestium einschloß bei Weisstraßen.

Die älteste Bewohnerin Südlatwiens im Alter von 130 Jahren gestorben. In einem Dorf in der Nähe von Moskau ist die älteste Bewohnerin Südlatwiens namens Marie Jank in dem Alter von 130 Jahren gestorben. Als junge Mädchen hatte sie den französischen Marschall Marmon bei seinem Einzug in Moskau mit einem Blumenstrauß begrüßt.

Dollar gegen Pfund.

Bei den Auseinandersetzungen über die Schaffung einer großen Reparationsbank im Zusammenhang mit den Pariser Schatzverdingenverhandlungen haben, ganz abgesehen von den deutschen Zahlungen direkt angehenden Fragen, zahlreiche ununterbrochene Kämpfe sehr weittragender Art eine große Rolle gespielt. Unter den Gegenströmungen, die sich logischerweise dem gegenüber entgegenstellten, waren in erster Linie die aus London kommenden, der neuen Schöpfung feindlichen Stimmen beachtenswert. Es ist innerlich, daß — kaum war der Plan aufgetaucht — führende Persönlichkeiten der Londoner Finanzwelt, unter ihnen kein geringerer als der Finanzminister Churchill, in eigener Person nach Paris reisten, und daß der englische Widerstand nur sehr allmählich zum Schweigen kam. Den Hauptgrund für diese Haltung der Londoner City hat man zweifellos darin zu sehen, daß man in dem beabsichtigten Eingreifen eines so riesigen Vermögenskörpers in das internationale Währungsgebiet eine schwere Gefahr sah, die dadurch nur noch vergrößert werden konnte, daß Amerika in der kommenden Weltbank selbstverständlich ein führendes Einfluß vornehmen werden mußte. Und das ausgerechnet in einem Augenblick, in dem der seit langem

lobende Kampf zwischen Pfund Sterling und Dollar in eine entscheidende Phase eingetreten war.

Die Meinheitskraft, die das Pfund Sterling in der Vorkriegszeit und auch noch während eines großen Teils des Krieges unbeschränkt auf den internationalen Geldmarkt ausübte, mußte bekanntlich durch die Aufhebung ungesicherter Goldvorsätze in Amerika und die Verhinderung fast der ganzen Welt gegenüber den Vereinigten Staaten nach und nach dem wachsenden Einfluß des Dollars weichen. In dieser Erkenntnis hatte nun die Londoner Finanzwelt unter Führung des Schatzamtes um die Mitte des verfloffenen Jahres eine ganz planmäßige Offensive eingeleitet, um der englischen Devisen wieder zu ihrer alten Geltung zu verhelfen. Von Juli 1928 bis zum Beginn des Februars dieses Jahres war in London der offizielle Diskontsatz mit 4 1/2 Prozent erheblich unter den Geldsätzen der übrigen bedeutenden Währungen gehalten worden. Der Zweck dieser Maßnahme bestand darin, die fremde Diskontsatz zu erhöhen und den englischen Markt zu ziehen und den alten Zustand auf den Geldmärkten wieder herzustellen.

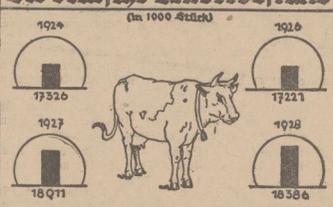
Dieses Ziel ist auch erreicht worden. In der genannten Zeitperiode haben die englischen Banken nicht weniger als etwa 100 Millionen Pfund Sterling zur Disposition ausländischer Titel anwenden können. Aber die Rekehrzeit der Devisen sollte sich nur allzu rasch zeigen: Es begann unverzüglich ein riesenhafter Export englischen Kapitals, daß der Pfundkurs darunter leiden mußte. Und außerdem entwickelte der hohe Preis des Geldes an der Neugotter Börse sehr schnell einen Zufluß verfügbarer Mittel aus von anderer Stelle. So erklärt sich die Senkung der Pfundrente nach und nach erfolgt, und die dazu führte, daß die Bank von England ihre Goldreserve um etwa 28 Millionen Pfund Sterling verringern mußte.

Unter diesen Umständen hat sich die Bank von England veranlaßt, Anfang Februar dieses Jahres ihren Diskontsatz von 4 1/2 Prozent scharf auf 5 1/2 Prozent anzuheben. Aber in den Wochen, die seitdem verfloßen sind, hat die große englische Notenbank die Erhaltung machen müssen, daß diese Maßnahme nicht genügt. Zwar ist die Haltung des Pfundkurses etwas besser geworden, aber zum großen Teil nur deshalb, weil die amerikanischen Bundesbanken die Anstrengungen der Bank von England unterstützen. Die Gefahr der Goldabwanderung aber besteht weiter, und die Bank von England hat die erste Forderung des Pfundes nach dem 7. Februar vorfristig benutzt, um nicht unerhebliche Goldmengen in Südamerika anzukaufen.

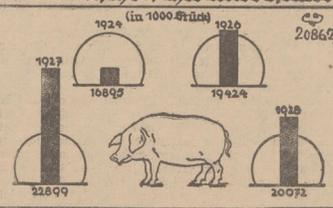
In dieser gefährlichen Lage hat sich eine ziemlich paradoxe Situation für die maßgebenden englischen Finanzkreise entwickelt. Sie stehen vor der Notwendigkeit, die großen, bereits gegebenen Pfundkredite einzuziehen und außerdem den Goldbestand zu erhöhen.

Man begreift, daß es unter diesen Umständen der englischen Hochfinanz und den leitenden Kräften des Schatzamtes nicht gleichgültig sein kann, wenn unter amerikanischer Führung nun plötzlich ein großes, neues internationales Bankinstitut entsteht, das unter wesentlich amerikanischer Führung stehen und hinter dem Vorhang komplizierter Reparationsgeschäfte den Gehörgel hat, bei der Ausbalanzierung des internationalen Währungsmarktes ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Die Gefahr, in der sich das Pfund durch die Schwierigkeiten des Londoner Geldmarktes befindet, kann durch jede, auch die geringste Erleichterung nur vergrößert werden. Die Tatsache jedoch, daß man sich nun doch auf den Plan der Reparationsbank geeinigt hat, läßt darauf schließen, daß die Engländer die ihnen notwendig ergehenden Sicherungen in Paris erreicht haben. Es wäre interessant, Einzelheiten darüber zu erfahren, auf welche Weise dies geschehen ist!

Der deutsche Kinderbestand



Der deutsche Schweinebestand



Bekanntmachung.

Auf Grund des Gemeinbewahlgesezes vom 12. Februar 1924 (G. S. 97) und der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen usw. vom 13. Februar 1924 (M. Bl. i. B. S. 153) und der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg vom 3. April 1929 — J. Nr. 17 907/29 — wird zum Wahltag für die neuwahlfähigen Stabverordnetenversammlung der 26. Mai 1929 bestimmt.
 Nebra, den 11. April 1929.

Der Magistrat. gez. Stattdamm.

Bekanntmachung.

Die vom Magistrat auf Grund des Gemeinbewahlgesezes vom 12. Februar 1924 (G. S. 97) in Verbindung mit der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen usw. vom 13. Februar 1924 (M. Bl. i. B. S. 153) und auf Grund des Reichswahlgesezes in der Fassung des Gesezes vom 6. März 1924 (M. G. Bl. 3. S. 153) in Verbindung mit der Wechseltimmernordnung vom 14. März 1924 (M. G. Bl. 3. S. 173) für die Stadt Nebra aufgestellten Wählerlisten liegen in der Zeit vom 15. April bis zum 28. April 1929 einschließlich im Magistratsbüro während der Zeit von 8—12 Uhr und von 14—18 Uhr zu jedermann Einsicht aus.
 Einsprüche sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beim Magistrat schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift zu geben.

Nach Ablauf der Auslegungsfrist können Wähler nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche in die Bürgerliste aufgenommen oder darin gestrichen werden.
 Nebra, den 11. April 1929.

Der Magistrat. gez. Stattdamm.

Bekanntmachung.

Es ist in letzter Zeit die Beobachtung gemacht worden, daß der Bekämpfung des Notstandes nicht die Wichtigkeit beigelegt wird, wie es im Interesse der Stadt notwendig erscheint. Insbesondere ist festgestellt, daß der Mangel an Notstand sehr vergrößert, in manchen Fällen gar nicht angelegt worden ist.
 Es wird erlucht, in Zukunft die Bestimmungen über die Bekämpfung des Notstandes bei Schweinen genau zu beachten. Der Mangel an Notstand ist sofort der Polizeiverwaltung anzugeben. Minderberathungen werden in Zukunft verweigert.
 Nebra, den 9. April 1929.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Eine Damenbandische (Seberische) mit Inhalt ist als gefunden abgegeben worden.
 Nebra, den 8. April 1929.

Die Polizei-Verwaltung.

Für die uns zu unserer Verlobung erwiesene Aufmerksamkeit erlauben wir uns, zugleich im Namen unserer Eltern, den herzlichsten Dank auszusprechen.

Paul Klaiber nebst Braut

Einen geräumerten Schinken
hat zu verkaufen

Postfr. 17

Desgleichen steht daselbst ein gebrauchtes **Fahrrad** sowie eine **Flaschenhierabüll-Maschine** billig zu verkaufen.

Ihr neues Kleid

ein Modell aus **Beyers Mode-Führer**

(Bd. I: Damen, Preis 1.90, Bd. II: Kinder, Preis 1.20)
 Jeder Band mit Schminke
 Alles zum Selbstarbeiten
 Überall zu haben
 BEYER-VERLAG, LEIPZIG T

Drucksachen
für Handel, Gewerbe und Industrie
fertig an
Buchdruckerei W. Sauer
Ronsleben.

Gibt es wirklich eine Heilkunde für Alle?

Gewiß. Das Buch von Reinhard. Er ist ein tüchtiger Arzt, erfahren, gewissenhaft, schreibt glänzend, fesselnd, interessant. Beschreibt alle 6000 Krankheiten und weiß für jeden Fall den Weg zur Heilung. Sagt alles, was der Laie verstehen kann. Seine Heilkunde für Alle ist eine überlegene Leistung. Ein stattlicher Band, 296 Seiten, Lexikonformat, 45 Bilder, teils coloriert, gedruckt, in überlegener Ausstattung, geb. 30 M. Teilzahlungen. Illustrierte Prospekt mit Les- und Bildproben kostenlos in den Buchhandlungen oder durch den

VERLAG HERDER, FREIBURG IM BREISGAU

Gämtliche Lehrbücher

für alle Schulen von Nebra und den umliegenden Ortschaften sowie allen sonstigen Schulbedarf empfiehlt
Buchhandlung Walter Scharf

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag mit den illustrierten Wochensupplagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 M.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Kösteben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kösteben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kösteben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 43

Donnerstag, den 11. April 1929

42. Jahrgang

Kommt die große Koalition?

Reichsabinett stellt Erdenheim zurück. — Die Fraktionen haben das Wort. — Keine neuen Steuern

Berlin, 9. April.
Die Regierungserklärungen im Reich sind seit den letzten Tagen in entscheidender Weise umgestaltet worden. Das Reichsabinett hat sich auf den Boden der von den Sachverständigen der Parteien der Großen Koalition aufgestellten Etat-Programme gestellt. Weiterhin erklärte der Reichstanzler gestern nachmittag nochmals mit den Führern der Parteien die Frage der Großen Koalition und wenn heute die Fraktionen sich für die Vereinbarungen ihrer Unterhändler aussprechen, dann kann das Kabinett der Großen Koalition schon in den nächsten Stunden gebildet werden.

In der amtl. Mitteilung über die Kabinettsitzung, die über die Annahme der Vorläufe der Finanzjahrenverantwortung der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten entfiel, wurde ausdrücklich betont, daß die Regierung keine eigenen Gedanken mit Rücksicht auf die gelangpolitische Lage zurückgestellt habe. Einfließend betroffen wurden von den Streichungen das Reichsministerium, das Reichsministerium und das Reichswehrministerium. Besonders soll es der Reichswehrminister gemein sein, der gegen die beabsichtigte Streichung von 27,3 Millionen Mark an seinem Haushalt Einspruch erhob, schließlich aber im Interesse einer schnelleren Katerlieferung keine Einwände mehr erhob.

Zur Deckung des noch verbleibenden Defizits von 130 Millionen sind keine neuen Steuern geplant, sondern soll durch eine weitgehende Erhaltung der Staatseinkünfte und durch die Vermeidung der durch die schließliche Nachzahlung zur Vermögenssteuer des Loos ge- stopft werden.

Wenn auch die Aussichten für die Große Koalition allgemein als günstig angesehen werden, so muß man doch darauf hinweisen, daß dennoch verschiedene Meinungsverschiedenheiten nicht allerdings aus Preisfragen sich noch ungeklärt sind.

Berlin, 10. April.

Gestern nachmittag traten die Fraktionen des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten zu Sitzungen zusammen, um die Berichte ihrer Finanzjahrenverantwortlichen über die Einigung über den Etat entgegen zu nehmen. Wichtig als dies waren jedoch die Besprechungen über die Frage der Koalition, deren Bildung leicht erfolgen muß, wenn sie in der nächsten Zeit überhaupt durchgeführt ist.

Wenn man auch über die materiellen Einzelheiten der Vereinbarungen über den Etat keine grundsätzlichen Konflikte mehr anzuführen konnten, so war die Lage doch im politischen Hinsicht ganz anders. Die Koalitionsparteien verlangten von den Sozialdemokraten, daß sie bei der Abstimmung über die zweite Rate für den Bankzertreuer A sich zumindest der Stimme enthalten müßten, während ihre Minister ihr Wort für die Rate erziehen sollten. Die Opposition ist innerhalb der Sozialdemokratie äußerst lebhaft gegen dieses Verlangen gerichtet. Deshalb lag man besonders der sozialdemokratischen Fraktionsführung mit größter Spannung entgegen.

Das Ergebnis der sozialdemokratischen Fraktionsführung.
Nach der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion, die bis in die späten Nachmittagsstunden andauerte, wurde ein parteiamtlicher Bericht ausgegeben. Danach lehnten von 124 anwesenden Fraktionsmitgliedern 93 gegen 20 bei 2 Enthaltungen die ultimative Forderung der übrigen Parteien bezgl. der Stellung der Sozialdemokraten zum Bankzertreuer ab und beschloßen, an der bisherigen Haltung festzuhalten.

Am späten Nachmittag kamen dann vereinbarungsgemäß die Unterhändler der Fraktionen nochmals mit dem Reichstanzler zusammen, um diesem über die Ergebnisse der Beratungen zu berichten.

Trotz der schließlichen Einigung bestand sich aber der Reichstanzler durch die Haltung seiner Fraktion in der Koalition gegenüber. Man weiß nämlich darauf hin, daß bei der Abstimmung über die Rate für den Bankzertreuer die Deutschnationalen wahrscheinlich aus Oppositionsgründen ebenfalls gegen die Rate stimmen werden und diese somit zu Fall kommen wird. Das wollen aber die übrigen Koalitionsparteien unter allen Umständen verhindern. Daraus erklärt sich wohl ihr Ultimatum an die Sozialdemokratie. Im ganzen genommen sind die Aussichten auf die Große Koalition also wieder fast gesunken.

Wiederbeginn der Parlamentsarbeiten.

Nach der Osterpause sind die Reichstagsausschüsse am Montag ihre Arbeiten wieder auf. Am Mittwoch hält der Ausschuss des Reichstages eine Sitzung ab, um sich mit einer Neuverteilung der Sitze in den Reichstagsausschüssen zu beschäftigen. Die Ausschüsse des preußischen Landtages nehmen ihre Arbeiten am Dienstag wieder auf.

Donnerstag, den 11. April 1929



Landesverräterische Fälschungen.

Sitzung des Strafrechtsausschusses.

Berlin, 10. April.

Der Strafrechtsausschuss des Reichstages, der am Dienstag nach der Osterpause seine Arbeiten wieder aufnahm, setzte die Beratung der Bestimmungen über den Landesverrat fort, und zwar im Paragraphen 94, der die landesverräterische Fälschung betrifft.

Reichsjustizminister Kopsch wies auf den bedeutenden Schaden hin, der gerade durch landesverräterische Fälschungen in den letzten Jahren dem Reich entstanden sei. Paragraph 94 wurde schließlich im wesentlichen in der Fassung der Vorlage genehmigt, ebenso Paragraph 95 über die Strafbefreiung einer Kriegsgefahr, Wechsellieferung und Begünstigung des Feindes.

Ueber einen von den Sozialdemokraten beantragten Zusatz, wonach mit Zustimmung bestraft werden soll, wer öffentlich zu einem Kriege des Reiches oder zu einem Kriege gegen das Reich anreizt, soll erst am Mittwoch beraten werden.

Streichung der Neubewilligungen in Preußen.

Sitzung des Hauptausschusses.

Berlin, 10. April.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages trat gestern zu einer Sitzung zusammen, in der er zunächst die am Vortage vom Ministerpräsidenten gefassten Beschlüsse über den Haushaltsplan billigte. Danach wurden die während der Ausschussberatungen beschlossenen Ausgabenreduzierungen von insgesamt 36 Millionen Mark um 35,4 Millionen Mark gesenkt, so daß der Etat ausbalanciert wurde.

Im Verlauf der Beratungen erklärte Finanzminister Söcker-Mischoltsch noch u. a., daß er nichts dagegen erwidern werde, wenn die Gehaltsliste vom Reich aus geregelt werde.

Ehescheidung bei Zerrüttung.

Der Regierungsentwurf im Ausschuss.

Berlin, 9. April.

Im Rechtsausschuss des Reichstages wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und bei Stimmhaltung des Zentrums der Entwurf der Reichsregierung zur Ehescheidungsreform als Grundlage der Beratungen bestimmt. Dieser Entwurf will in das BGB. folgenden Paragraphen 1568 a einfügen:

„Ein Ehegatte kann ferner auf Scheidung klagen, wenn aus einem anderen Grunde eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß ihm die Fortführung der Ehe nicht zugemutet werden kann. Das Klagerrecht besteht nicht, wenn er selbst einen Scheidungsgrund gegeben hat oder andererseits die Zerrüttung der Ehe vorwiegend durch sein schuldhaftes Verhalten herbeigeführt worden ist.“ Ferner soll Paragraph 1569 BGB. folgende Fassung erhalten: „Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn der andere Ehegatte in Gefährdung der Ehe verfallen ist und der Ehestandszustand einen solchen Grad erreicht hat, daß die geistige Gemeinschaft

wischen den Ehegatten aufgehoben ist und kein Anhalt dafür besteht, daß sie wiederhergestellt werden wird.“ Nach anfänglicher Ausprache vertagte der Ausschuss die Weiterberatung, ohne Beschlüsse gefaßt zu haben, am Montag, den 15. April.

Preussische Delegation in Moskau.

Die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen.

Moskau, 9. April.

In Moskau ist gestern eine Wirtschaftsbotschaft des Reichspräsidenten Siehr und Oberbürgermeister Vogtmeyer beifolgt. Die Moskauer Handelskammer für Westeuropa veranstaltete zu Ehren der Gäste einen Empfang, bei dem auch der deutsche Botschafter von Dirden das Wort ergriß.

Er erklärte, daß nach der Unterzeichnung des Handelsvertrages im Jahre 1925 die deutsch-russischen Handelsbeziehungen normalisiert waren. Die Sowjetregierung habe von Deutschland einen Kredit von 300 Millionen erhalten und dieser Kredit habe den deutsch-russischen Handel stark gehoben. Nach der Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsprotokolls am 21. Dezember 1928 seien heute neue Möglichkeiten für die Verwirklichung des deutsch-russischen Handels vorhanden. Er sei der Meinung, daß beide Länder noch eine weitere Grundlagelage für die Entwicklung des deutsch-russischen Handelsverkehrs finden würden.

Zum Schluß dankte Dr. von Dirden für die Anregung der Sowjetregierung zur Heranziehung der deutschen Wirtschaftskräfte für die Sowjetwirtschaft und -Industrie und gab der Lebregung Ausdruck, daß man weiter auf eine gute Freundschaft zwischen beiden Ländern hoffen könne.

Polen mag's noch!

Der neue Oberpräsident der Provinz Oberschlesien über die Behandlung der Winderheiten.

Oppeln, 9. April.

Der neue Oberpräsident der Provinz Oberschlesien Dr. Lutschke gab bei seiner Amtseinführung, die am Dienstag im Regierungshauptgebäude in Oppeln erfolgte, eine wichtige Erklärung über die Behandlung der Winderheiten ab. Er erinnerte in seiner Einführungsvorrede an die Tätigkeit des Präsidenten der gemischten Kommission, Calonder, und fuhr dann weiter fort:

„Ich habe als Mitarbeiter des Präsidenten Calonder dahin gewirkt, daß der Staat sich nicht nur mit der Durchführung der Winderheit Genüge getan sein lassen würde, sondern daß er ein freies Bekenntnis zum Vollenstand der Winderheit abzugeben müßte. Ich werde das jetzt in liberaler Weise weiterumsetzen haben. Es ist zu begrüßen, wenn die polnische Winderheit ihre Kinder in die Winderheitschule schickt. Wie es der polnische Staat bisher gehandhabt hat, Winderheitschulen nicht zu schließen, auch wenn er formal nach dem Genfer Vertrag dazu berechtigt gewesen wäre, so werde ich gleichfalls in liberaler Auslegung der Genfer Konvention Vorkommen lassen. Das Verhalten zum Winderheit ist und braucht kein bloßes Verhältniß zum Herbstjahr gegenüber zu sein.“

Bei der Einführungsfeier sprach zunächst der preussische Innenminister Grzesinski. Darauf widmete der Vizepräsident Dr. Fischer dem lebenden Oberpräsidenten Dr. Lutschke herzliche Glückwünsche und begrüßte in warmen Worten den neuen Chef, dem er im Namen aller Beamten, Angestellten und Arbeiter treue Mitarbeit versprach. Nachdem sich Dr. Lutschke von seinen Dienststellen verabschiedet und der Staatsregierung, seinen Mitarbeitern und der ober-schlesischen Bevölkerung für die Unterfertigung während seiner Amtszeit gedankt hatte, nahm dann Oberpräsident Dr. Lutschke das Wort.

Japan räumt Schantung.

Vereinbarung mit der Nanjing-Regierung.

London, 9. April.

Der chinesisch-japanische Ausschuss, der die Bedingungen für die Uebernahme von Tientsin, die Hauptstadt der Provinz Schantung, und die Eisenbahn in Schantung durch die chinesische Verwaltung ausgearbeitet hat, hat am Montag seine Verhandlungen abgeschlossen. Die Vereinbarung des Ausschusses bedürfen nur noch der Zustimmung der beiden Regierungen. Aus chinesischer Seite erwartet man die baldige Zurückziehung der japanischen Truppen aus Tientsin, während man auf japanischer Seite zu der Annahme neigt, daß die Klärung wenigstens einen Monat beanpruchen wird.

Kapitulation der Wuhan-Armee.

Der Reich der Wuhan-Armee mit einer von 14 000 Mann, der sich nach der Niederlage bei Hankau zum Tangtsin zurückgezogen hatte, hat sich am Montag abends ergeben. Die Truppen sind bereits entwaffnet worden.

Aus dem In- und Auslande.

Beitrag des Königs von Bulgarien zum Reichspräsidenten.

Berlin, 10. April. Der Reichspräsident empfing den König Boris von Bulgarien und hatte eine halb-stündige